

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim

(Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die grundlegende, im Auftrag der Stadt Mannheim von Erich Matthias und Hermann Weber unter Mitwirkung von Günter Braun und Manfred Koch herausgegebene Publikation „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim [Mannheim 1984]“ sowie auf die von Günter Braun verfasste Broschüre „Widerstand und Verfolgung in Mannheim 1933-1945. Mannheimer Sozialdemokraten gegen die Nazi-Diktatur (Mannheim o.J.)“; auf die Kennzeichnung indirekter Übernahmen wurde der besseren Lesbarkeit wegen verzichtet.)

Der Widerstand der Arbeiterparteien

Einleitung

Bis zum Beginn der Weimarer Republik hatte sich die Ende der 1860er Jahre auch in Mannheim gegründete Sozialdemokratische Partei zur wichtigsten politischen Kraft der viele Jahre vom (national-)liberalen Bürgertum dominierten Handels- und Industriestadt entwickelt. Die vor dem Ersten Weltkrieg von August Dreesbach und Ludwig Frank geführten Mannheimer Sozialdemokraten avancierten zudem zum führenden badischen Ortsverein und ihr Parteiorgan, „Die Volksstimme“, war die auflagenstärkste badische Parteizeitung. Von 1908 bis 1933 hatte der Landesvorstand der SPD seinen Sitz in Mannheim und Mannheimer Genossen bekleideten in den badischen Regierungen der Weimarer Zeit wichtige Ämter. Zu erinnern ist an Anton Geiß, den ersten badischen Staatspräsidenten (1919-1922), oder an Adam Remmele, den langjährigen Innen-, Kultus- und Justizminister (1919-1931) sowie zeitweiligen Staatspräsidenten (1922/23 und 1927/28). Das Amt des Oberbürgermeisters hatte als erster Sozialdemokrat von 1926 bis 1933 Hermann Heimerich inne. Es verwundert daher nicht, dass auch die republikanischen Kampfbünde, allen voran das 1924 von allen „Weimarer Parteien“ gegründete „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ sowie die Anfang 1932 gegen die „Harzburger Front“ von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Arbeitersportlern gegründete „Eiserne Front“, hier ihre Hochburgen hatten und Straßenschlachten mit der SA in der Endphase der Republik an der Tagesordnung waren.

Nicht übersehen werden darf aber, dass die sozialdemokratische Partei nach 1920 immer mehr Mitglieder und Wähler an die Kommunistische Partei verlor, deren wachsender Erfolg die Arbeiterbewegung spaltete. Bei den Wahlen im November 1932 übertraf die KPD mit 23.9 Prozent der Stimmen den Anteil der SPD (22.7 Prozent) um mehr als ein Prozent. In den Arbeitervororten der Quadratestadt war ihr Vorsprung noch größer. Zwar wehrten sich die Aktivisten des „Reichsbanners“ und des „Rotfront-Kämpferbundes“ der KPD gelegentlich gemeinsam gegen den zunehmenden SA-Terror, aber insgesamt litt das Verhältnis der beiden großen Arbeiterparteien, vor allem nachdem ab 1929 die sogenannte „Sozialfaschismusthese“ die Generallinie der KPD bestimmte, der zufolge die Sozialdemokratie nur den linken Flügel des Faschismus repräsentiere und vorrangig zu bekämpfen sei. Da die Sozialdemokraten die in ihren Augen „rotlackierten Faschisten“ der KPD ebenso entschieden ablehnten, war an eine „Volksfront“ gegen Hitler nicht zu denken. Der Aufstieg der NSDAP war damit weder zu bremsen noch zu verhindern, zumal die angesichts der sprunghaft wachsenden Arbeitslosigkeit um sich greifende Angst vor einem sozialen Abstieg viele Bürger in die Arme der Hitlerbewegung trieb.

An der Spaltung der Arbeiterbewegung konnten auch zwei kleinere politische Gruppierungen nichts ändern, die Ende der 1920er Jahre gerade mit dem Ziel ins Leben getreten waren, die Arbeiterbewegung für den geschlossenen Abwehrkampf

gegen den Nationalsozialismus zu vereinen. Die Mehrzahl der Mitglieder der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP) und der Gruppe „Neu Beginnen“ hatte zuvor die SPD verlassen, standen programmatisch zwischen SPD und KPD und begannen früh, sich auf konspirative Arbeit im Untergrund vorzubereiten. Das gilt besonders für die nach der programmatischen Schrift ihres Gründers Walter Löwenstein „Neu Beginnen!“ genannte kleine Gruppe kritischer Linkssozialisten.